

V1 Stellungnahmen zum Satzungsprozess / Urabstimmung

Antragsteller*in: Jan Eckhoff (Kreisgeschäftsführer)
Tagesordnungspunkt: 13. Verschiedenes

Antragstext

Der KV Hagen beschließt, folgende Stellungnahmen zum Satzungsprozess/Urabstimmung des Bundesverbandes an die Satzungskommission abzugeben:

1. BUNDESVERSAMMLUNG

Eine Partei, die sehr viel größer wird, muss ihre Strukturen dem Wachstum anpassen. Deshalb begrüßen wir generell den Reformprozess. Wir begrüßen ebenfalls die geplanten Änderungen zur Grundmandatsklausel.

Grundsätzlich sehen wir das Frauenstatut der GRÜNEN als eines der wichtigsten Prinzipien unserer Partei an. Durch die Grundmandatsklausel zur Bundesversammlung sind jedoch über 250 kleine Kreisverbände in Deutschland strukturell benachteiligt. Finden sich dort keine Frauen als ordentliche Delegierte, sind die Kreisverbände komplett von der Willensbildung auf der BDK ausgeschlossen. Engagierte Personen, die keine Frauen sind, sind in diesen Kreisverbänden grundsätzlich von einer Teilnahme als ordentliche Delegierte strukturell ausgegrenzt. Eine gerechte Lösung wäre die Anhebung der Grundmandate auf generell zwei Personen; wir verstehen jedoch, dass das zu erheblichen organisatorischen Problemen führen würde. Deshalb begrüßen wir die Konkretisierung des Frauenstatutes bei der Grundmandatsklausel in der vorgeschlagenen Form mit sehr klaren und strikten Bedingungen.

2. GREMIENREFORM

Eine Partei, die sehr viel größer wird, muss ihre Strukturen dem Wachstum anpassen. Deshalb begrüßen wir generell den Reformprozess. Bei der Gremienreform haben wir jedoch deutlichen zusätzlichen Informationsbedarf.

Die Einrichtung eines Mitgliederrates, in dem bei wichtigen, parteiweiten Entscheidungen auch Mitglieder zu Wort kommen können, die ansonsten keine Ämter oder Mandate haben, erscheint uns sinnvoll. Allerdings erschließt sich uns nicht, auf welche Art die Mitglieder gelöst werden, ob eine vorherige Bewerbung notwendig ist und was bei einer Ablehnung passiert. Ohne Kenntnis einer konkreten Mitgliederratsordnung sehen wir uns außer Stande, uns zu diesem Punkt eine klare Meinung zu bilden.

Bei der Reform des Parteirates erschließt sich uns nicht, warum wir GRÜNEN ein solches Gremium in der geplanten Zusammensetzung mit Minister*innen, Bundesratsmitgliedern usw. überhaupt brauchen. Kontroverse Themen werden in unserer Partei naturgemäß im Plenum diskutiert und nicht von einer kleinen Gruppe Machttträger*innen.

3. BUNDESVORSTAND

- 37 Eine Partei, die sehr viel größer wird, muss ihre Strukturen dem Wachstum
38 anpassen. Deshalb begrüßen wir generell den Reformprozess. Die geplanten
39 Änderungen beim Bundesvorstand sehen wir jedoch deutlich kritisch.
- 40 Die Umbenennung der politischen Geschäftsführung in Generalsekretariat halten
41 wir nicht für sinnvoll, da sowohl der Begriff wie auch eine nicht mehr nur nach
42 innen gerichtete Funktion, sondern eine weitere Person im Fokus der
43 Öffentlichkeit, nicht unserem Verständnis von grünen Strukturen entsprechen.
- 44 Die weitere Aufweichung der Trennung von Amt und Mandat im Bundesvorstand lehnen
45 wir ab. Es gehört seit jeher zu den grünen Grundwerten, nicht zu viel Macht auf
46 zu wenige Personen zu verteilen. Auf Bundesebene muss es möglich sein,
47 ausreichend engagierte und erfahrene Personen zu finden, die unsere Partei in
48 ihrer Gesamtheit repräsentieren und nicht gleichzeitig ein politisches
49 (Bundestags-)Mandat inne haben.
- 50 4. VIELFALTSTATUT
- 51 Eine Partei, die sehr viel größer wird, muss ihre Strukturen dem Wachstum
52 anpassen. Deshalb begrüßen wir generell den Reformprozess. Wir begrüßen außerdem
53 jede Initiative, die die Vielfalt und Repräsentation marginalisierter Gruppen
54 innerhalb unserer Partei stärkt.

Begründung

Anfang März hat ein groß angelegter Reformprozess der Strukturen und Satzung des Bundesverbandes der GRÜNEN begonnen. Bis zum 31. März 2026 haben alle Mitglieder und Organisationen innerhalb der Partei die Möglichkeit, Stellungnahmen zu den vier Säulen der Reform abzugeben.

Am 11. März 2026 fand im KV Hagen eine Online-Informationsveranstaltung statt, an der zwölf Mitglieder unsere Kreisverbandes teilgenommen haben:

Marcus Brand, Martina Dahm, Jan Eckhoff (Kreisgeschäftsführer), Susanne Emmerich, Karin Köppen (Ratsfraktion, Bürgermeisterin), Stefan Meister, Katrin Münzel, Michael Münzel, Vanessa Oblotzki (Kreisvorstand), Hans-Georg Panzer, Fynn Ole Royle (Grüne Jugend), Barbara Thormählen (Kreisvorstand)

Gemeinsam wurden die geplanten Reformen diskutiert und sich auf Stellungnahmen geeinigt. Diese Stellungnahmen möchten wir mit einem Votum des Kreisverbandes ausstatten und fristgerecht einreichen.

V2 Rettet den Ausbau der Erneuerbaren in Hagen!

Gremium: Kreisvorstand
Beschlussdatum: 13.03.2026
Tagesordnungspunkt: 13. Verschiedenes

Antragstext

- 1 Der Kreisverband Hagen beschließt folgende Stellungnahme:
- 2 Rettet den Ausbau der Erneuerbaren in Hagen!
- 3 Der Ausbau erneuerbarer Energien ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Wir
- 4 danken allen Menschen, Unternehmen und Initiativen in unserer Region, die
- 5 bereits in Wind- und Solarenergie, Biogas und Speicher investieren. Diese
- 6 Investitionen sichern Arbeitsplätze, schaffen lokale Wertschöpfung und vermeiden
- 7 teure sowie geopolitisch unsichere Importe von fossilem Gas und Öl. Die
- 8 Steuereinnahmen stärken die kommunalen Haushalte, und die Bevölkerung profitiert
- 9 von günstigem Strom – unabhängig von den extrem schwankenden Weltmarktpreisen
- 10 und politischen Krisen.
- 11 Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist dabei der entscheidende Garant für
- 12 Planungs- und Investitionssicherheit. Doch diese Erfolgsgeschichte ist nun in
- 13 Gefahr: Die schwarz-rote Bundesregierung plant eine Reihe von Gesetzen, die den
- 14 Ausbau erneuerbarer Energien auch in Hagen ausbremsen könnten.
- 15 Solaranlagen auf Dächern sollen demnach keine Einspeisevergütung mehr erhalten.
- 16 Ohne diese Förderung werden viele Anlagen – von Kleinstanlagen abgesehen –
- 17 unwirtschaftlich. Für kleinere Solaranlagen gibt es derzeit keine attraktiven
- 18 Alternativen zur Vermarktung des Stroms. Die Folge: Viele Dächer in Hagen
- 19 könnten leer bleiben. Das würde nicht nur die Energiewende verlangsamen, sondern
- 20 auch lokale Handwerksbetriebe treffen, die sich auf die Installation von
- 21 Solarmodulen spezialisiert haben.
- 22 In Hagen lebt ein besonders hoher Anteil der Bevölkerung in Mietwohnungen. Wenn
- 23 teures und knappes Biogas künftig auch in neu eingebauten Gasheizungen verbrannt
- 24 wird, droht den Haushalten in Mietwohnungen eine Gaskostenfalle.
- 25 Die geplanten Änderungen am Gebäudeenergiegesetz gefährden zudem die Grundlagen
- 26 der kommunalen Wärme- und Klimaplanung. In diese Pläne sind bereits erhebliche
- 27 Mittel und Fachwissen geflossen. Eine nachträgliche Anpassung würde nicht nur
- 28 Verzögerungen, sondern auch zusätzliche Kosten für die Stadt Hagen bedeuten.
- 29 Die aktuelle geopolitische Lage seit dem Beginn des Iran-Kriegs zeigt: Die
- 30 Energiewende ist weit mehr als eine ökologische Aufgabe. Sie ist eine
- 31 Voraussetzung für lokale Sicherheit und Energiesouveränität, entlastet die
- 32 Haushaltsbudgets der Bevölkerung und stärkt die regionale Wirtschaft. Gerade in
- 33 Zeiten internationaler Krisen wird deutlich, wie wichtig Unabhängigkeit von
- 34 fossilen Energien ist.
- 35 Auch in Hagen gibt es bereits erfolgreiche Beispiele:
- 36 Bürgerenergiegenossenschaften und kommunale Bauprojekte städtischer

37 Tochterunternehmen stärken die Energieversorgung und leisten einen wichtigen
38 Beitrag zu mehr grünem und günstigem Strom.

39 Mit einem Rekordanteil von 60 Prozent erneuerbarem Strom im deutschen Netz sind
40 wir auf dem Weg zu einer vollständigen Versorgung aus Erneuerbaren. Doch bisher
41 stammen nur 24 Prozent unseres gesamten Energieverbrauchs aus erneuerbaren
42 Quellen. 76 Prozent der Energiewende-Chancen liegen also noch vor uns – und
43 damit auch viele Möglichkeiten für Investitionen und Arbeitsplätze im Handwerk,
44 in der Industrie und im Dienstleistungssektor.

45 Die von Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche (CDU) geplanten
46 Verschlechterungen der politischen Rahmenbedingungen würden auch Hagen hart
47 treffen. Bereits jetzt ist der Ausbau von Solaranlagen bundesweit spürbar
48 zurückgegangen. Die Ausbauziele für die kommenden Jahre drohen verfehlt zu
49 werden – obwohl der Ausbau erneuerbarer Energien in den letzten Jahren die
50 einzige Stütze für die Einhaltung der Klimaziele war.

51 Für die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen steht viel auf dem Spiel.
52 Noch 2025 entfiel etwa die Hälfte des Zubaus an Solarenergie auf Dach- und
53 Freiflächenanlagen. Doch die geplante Politik der Bundesregierung könnte
54 Unternehmen, Stadtwerke und Bürgerenergiegenossenschaften in ihren
55 Investitionsplänen ausbremsen. Wenn die Planungs- und Investitionssicherheit
56 schwindet, verfehlen wir nicht nur die Klimaziele, sondern verlieren auch die
57 Chance auf kommunale Wertschöpfung.

58 Das betrifft besonders Handwerksbetriebe, Installationsfirmen, die Solar- und
59 Windindustrie sowie landwirtschaftliche Betriebe, die sich durch Bioenergie ein
60 zweites wirtschaftliches Standbein aufbauen wollen.

61 Wir GRÜNE wollen, dass die Energiewende ein demokratisches Mitmach-Projekt
62 bleibt – und nicht zu einem Spielfeld für Konzerne und Großinvestoren wird.

63 Daher setzen wir uns als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hagen weiterhin für einen
64 beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien ein. Wir werden uns im Stadtrat
65 dafür starkmachen, dass Hagen nicht beim Ausbau der kommunalen Nutzung
66 erneuerbarer Energien ausgebremst wird – denn das stünde im direkten Widerspruch
67 zu unseren kommunalen Interessen.

Begründung

Im Sommer sollen vier Gesetze der Bundesregierung dem Klimaschutz in Deutschland empfindlichen Schaden zufügen:

1. Das verschlechterte Erneuerbaren-Energien-Gesetz inkl. der Abschaffung der Einspeisevergütung für Aufdach-Solaranlagen in Bürgerhand.
2. Das Netzpaket inkl. einer Verunsicherung von künftigen Investitionen in Solar- und Windanlagen durch einen sogenannten Redispatch-Vorbehalt, der Investor*innen im Unklaren lässt, ob sie produzierten grünen Strom jemals vergütet bekommen.
3. Das sogenannte Gebäudemodernisierungsgesetz, das wertvolles und teures Biogas künftig in neuen Gasheizungen verbrennen lassen will – zum Schaden von Klima und Geldbeutel aller, die zur Miete wohnen.
4. Das Bundesbedarfsplangesetz, das die Pläne zum Bau von Stromleitungen beschneiden soll.

Gegen diesen Abgesang an die Klimaziele wendet sich die Kampagne „Rettet die Erneuerbaren Energien!“ unseres Bundesverbandes. Die Kampagne läuft derzeit auf Hochtouren, eine entsprechende Petition wurde bereits von über 200.000 Menschen unterzeichnet. Weitere Aktionen sind geplant.

Auch als Kreisverband Hagen wollen wir ein Zeichen setzen und uns mit dieser Stellungnahme klar positionieren. Sie soll an die Presse versendet und über unsere eigenen Kanäle (Homepage, Social Media) veröffentlicht werden.